

Brüssel, den 3. März 2020



Ministerium für Inneres und Europa



Europa-Informationen Februar 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sondergipfel des Europäischen Rats vom 20. Februar 2020 hat noch nicht den Durchbruch bei der Diskussion über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027 gebracht. Trotz großer Gesten, Schlafentzug durch nächtliche Verhandlungen und bilaterale Beichtstuhlgespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Rats Charles Michel gab es keinen Verhandlungserfolg zu vermelden. Am Morgen danach wurden im Wesentlichen die bereits bekannten Positionen wiederholt und eine Vertagung bis auf Weiteres ausgesprochen.

Gescheiterte Gipfel gehören allerdings schon seit vielen Jahrzehnten zum Drehbuch der Europäischen Budgetverhandlungen dazu. Die Pressestatements der Staats- und Regierungschefs kommen auf solchen Sitzungen zwar aus Brüssel, aber sie richten sich vor allem an das heimische Publikum, dem signalisiert werden soll, man habe sich intensiv für die jeweiligen nationalen Interessen eingesetzt. Auch diese Signale sind letztlich ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg hin zu einer langfristigen Einigung im Laufe des weiteren Jahres.

Bereits hier und heute arbeitet die Kommission dagegen ganz konkret im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger daran, die Ausbreitung des Corona-Virus (jetzt auch Covid-19 genannt) einzudämmen und die schwere Lungenerkrankung mittel- bis langfristig zu besiegen. Ein neues Hilfspaket vom 24. Februar 2020 umfasst Mittel in Höhe von 232 Mio. EUR. 114 Mio. EUR gehen als Unterstützung an die Weltgesundheitsorganisation (WHO), insbesondere für den globalen Vorsorge- und Bereitschaftsplan. Damit soll die Arbeit an der Notfallvorsorge und -bewältigung in Ländern mit schwachen Gesundheitssystemen und geringer Widerstandsfähigkeit gestärkt werden. 15 Mio. EUR sollen in Afrika bereitgestellt werden zur Unterstützung von Maßnahmen wie Schnelldiagnose und epidemiologischer Überwachung. 100 Mio. EUR werden in dringend notwendige Forschung im Zusammenhang mit Diagnostik, Behandlung und Vorbeugung investiert, 90 Mio. EUR davon über die Initiative Innovative Arzneimittel, eine Partnerschaft zwischen der EU und der Arzneimittelindustrie. Weitere 3 Mio. EUR dienen für den Rücktransport von EU-Bürgern aus Wuhan, China.

Ende Februar 2020 ergab sich dann an anderer Stelle in Europa Bedarf für schnelle Hilfe von Seiten der EU. Griechenland sieht sich an der Grenze zur Türkei einem erheblichen Migrationsdruck ausgesetzt. Präsident Erdogan instrumentalisiert Hilfesuchende, die in seinem Land Zuflucht gefunden haben, um mit ihnen Druck auf die EU auszuüben. Zur Unterstützung der nationalen Grenztruppen hat die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) Beamte nach Griechenland geschickt.

Diese Beispiele für schnelle und unbürokratische Hilfe in Notlagen zeigen, wie wichtig eine gute finanzielle Ausstattung der Europäischen Union auch in den nächsten Jahren ist.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Lars Friedrichsen

Inhalt

1. Übergreifende Themen	5
Brexit Verhandlungsrichtlinien der EU	5
2. Inneres	6
Neue Mission vor libyscher Küste geplant.....	6
Unmittelbare Abschiebungen an spanischer Grenze kein Verstoß gegen EMRK	6
Leitlinien zur Videoüberwachung.....	6
3. Justiz, Verbraucherschutz	7
EP legt Position zum System über gefälschte und echte Dokumente fest	7
Kommission stellt Strategien für Daten und künstliche Intelligenz vor	7
Hilfestellung für Verfahren vor dem EuGH	7
4. Finanzen	8
Sondergipfel zum EU-Haushalt	8
Mehrwertsteuer: Rat beschließt vereinfachte Vorschriften für Kleinunternehmen	8
Europäisches Semester: Wege zur nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit.....	9
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel.....	10
Kommission stärkt Einbeziehung der Bürger in die Kohäsionspolitik	10
Kommission: Winterprognose 2020 Stabiles, aber gedämpftes Wachstum	10
Kommission: Debatte über wirtschaftspolitische Steuerung in der EU an	11
Europäische Kommission legt einen Fahrplan für einen Rechtsakt zu importierten Erzeugnissen aus Waldschädigung vor	11
Europäische Kommission: Grundsätze für elektronische Produktinformationen für EU-Arzneimittel	11
Europäische Kommission: Erneuerte Expertengruppe für digitale Gesundheit	12
Europäische Kommission Konsultation zu Strategie für Krebsbekämpfung	12
Europäische Kommission: EU-Tabakbesteuerung sollte Zigarettenkonsum stärker eindämmen	12
EU-Gesundheitsminister: Verstärken Koordination der Zusammenarbeit zum Coronavirus ...	13
Europäischer Gerichtshof: Hinweispflicht zu gesundheitsbezogenen Angaben	13
Europäische Kommission: Zunahme der Agrar- und Lebensmittelexporte der Europäischen Union.....	13
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt	14
Eurobarometer: Unterstützung für den Europäischen Grünen Deal	14
Europäische Umweltagentur: Auswirkungen des Klimawandels erfordern Anpassungen.....	14
Umwelt – Deutschland soll Vorschriften zum Schutz von Oberflächengewässern verbessern	15
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland bei Habitat-Richtlinie	15
Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln	15
EU-Parlament gegen illegalen Handel mit Haustieren	16
Neues Webportal „Forstinformationen für Europa“	16
Europäischer Rechnungshof: Nutzung Satellitenunterstützter Überwachung in der GAP.....	16
Brexit-Verhandlungen starten: Fanggründe, Fischfangquoten & SPS-Maßnahmen	17
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur	18
EP zu Problemen der EU Programme für Bildung, Kultur und Freiwilligendienst	18
Informeller Forschungsministerrat in Zagreb	18
Frauen und Mädchen in der Wissenschaft - vom Anspruch zur Realität	19
Kreatives Europa – EU fördert audiovisuelle Projekte	19
8. Gleichstellung.....	20
Die neue Gleichstellungsstrategie	20

9. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung	21
Kommission mahnt deutschen Energie- und Klimaplan an.....	21
Deutschland kann Innovationen in der Luftfahrtindustrie weiter fördern	21
Beihilferegulung für die Nachrüstung von Dieselnissen im ÖPNV	21
Resolution für eine faire und sichere Nutzung von KI	22
Kommission stellt Strategien für Daten und künstliche Intelligenz vor	22
10. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport	23
Tagung des Rates für Beschäftigung und Sozialpolitik	23
11. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	24
Interreg: Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit feiert 30-jähriges Bestehen .	24
Kommission und Europäische Investitionsbank starten Fonds für Blaue Wirtschaft	24
12. Ausschuss der Regionen.....	25
Neue Mandatsperiode des AdR	25
13. Laufende Konsultationen.....	26
14. Termine.....	27

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich.

Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird. Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung.

Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

1. Übergreifende Themen

Brexit Verhandlungsrichtlinien der EU

Der Rat der EU hat grünes Licht gegeben für die Aufnahme von Gesprächen mit dem Vereinigten Königreich und in diesem Zusammenhang die Kommission förmlich als Verhandlungsführer der EU benannt. Er hat außerdem Verhandlungsrichtlinien angenommen, die der Kommission als Mandat für die Verhandlungen dienen.

Nach den Zielvorgaben des Rates möchte die EU eine ehrgeizige, weitreichende und ausgewogene Wirtschaftspartnerschaft mit dem Vereinigten Königreich aufbauen. Im Mandat wird betont, dass der künftigen Partnerschaft angesichts der geografischen Nähe zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und ihrer wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit solide Verpflichtungen zur Gewährleistung gleicher Ausgangsbedingungen für einen offenen und fairen Wettbewerb zugrunde liegen sollten.

Die EU beabsichtigt, ein Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich zu schließen, mit dem sichergestellt wird, dass Nullzollsätze und -kontingente für den Handel mit Waren gelten. Dieses Abkommen sollte auf eine Zusammenarbeit in Zoll- und Regulierungsangelegenheiten ausgelegt sein. Ferner sollte es eine wirksame Verwaltung und Kontrolle vorsehen sowie Streitbeilegungs- und Durchsetzungsregelungen umfassen.

Für den Bereich der Fischerei wird in dem Mandat dargelegt, dass im Rahmen der künftigen Partnerschaft der bestehende gegenseitige Zugang zu den Gewässern sowie stabile Quotenanteile beibehalten werden sollten. Das Fischereiabkommen sollte bis zum 1. Juli 2020 geschlossen werden, damit die Fangmöglichkeiten für die Zeit nach Ablauf des Übergangszeitraums rechtzeitig festgelegt werden können. Chefunterhändler Barnier hat kein Mandat, hier Kompromisse einzugehen!

Das Mandat enthält außerdem Bestimmungen über die künftige Zusammenarbeit in Bereichen wie digitaler Handel, geistiges Eigentum, Vergabe öffentlicher Aufträge, Mobilität, Verkehr und Energie.

Die EU wird bestrebt sein, eine umfassende Sicherheitspartnerschaft mit dem Vereinigten Königreich zu erarbeiten. Diese Partnerschaft sollte die Aspekte Strafverfolgung und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung umfassen. Im Mandat ist vorgesehen, dass die künftige Partnerschaft in einen allgemeinen Governance-Rahmen eingebettet ist, der alle Bereiche der Zusammenarbeit umfasst.

[Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen](#)

[Verhandlungsrichtlinien](#)

2. Inneres

Neue Mission vor libyscher Küste geplant

Die Außenminister der EU haben sich beim Außenministerrat am 17. Februar 2020 auf eine neue Operation im Mittelmeerraum zur Einhaltung des Waffenembargos der Vereinten Nationen geeinigt. Die bisherige Operation Sophia soll am 20. März 2020 auslaufen. Das Ziel der neuen Operation ist, gegen illegalen Waffenschmuggel und organisierte Kriminalität vorzugehen und die Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine weiterzuführen. Die neue Operation soll Luft-, Satelliten- und Seeeinheiten umfassen und soll sich vorwiegend auf den Osten der libyschen Küste konzentrieren, da dort ein Großteil des Waffenschmuggels stattfindet. Auswirkungen auf die Migrationsströme sollen beim Einsatz beachtet werden, gegebenenfalls sollen Einsätze sogar abgebrochen werden. Weitere Details sollen beim nächsten Außenministerrat erörtert werden.

[Pressemitteilung](#)

Unmittelbare Abschiebungen an spanischer Grenze kein Verstoß gegen EMRK

Am 13. Februar 2020 hat die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Nr. 8675/15 und 8697/15 einstimmig entschieden, dass kein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) bei einer direkten Zurückweisung an der Europäischen Außengrenze vorlag. Der Fall betraf die sofortige Rücksendung zweier Staatsangehöriger aus Mali und der Elfenbeinküste nach Marokko, die am 13. August 2014 versuchten, die Zäune an der spanischen Enklave Melilla an der nordafrikanischen Küste zu überklettern, um nach Spanien zu gelangen. Spanien habe die Möglichkeit geboten, am offiziellen Grenzübergang oder auch bei einer spanischen diplomatischen bzw. konsularischen Vertretung einen Asyl- oder Visumsantrag zu stellen. Die Beschwerdeführer hätten ihren illegalen Grenzübertritt selbst verschuldet, da sie keinen derartigen Antrag gestellt hatten.

[Pressemitteilung](#)

Leitlinien zur Videoüberwachung

Der Europäische Datenschutzausschuss verabschiedete am 28. und 29. Januar 2020 die Leitlinien für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Videogeräte. Diese sollen klarstellen, wie die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Verwendung von Videogeräten anzuwenden sei. Die Richtlinien gelten sowohl für herkömmliche Videogeräte als auch für intelligente Videogeräte. Die Richtlinien befassen sich unter anderem mit der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung, einschließlich der Verarbeitung spezieller Datenkategorien, der Anwendbarkeit der Haushaltsfreistellung und der Weitergabe von Filmmaterial an Dritte.

[Pressemitteilung](#)

3. Justiz, Verbraucherschutz

EP legt Position zum System über gefälschte und echte Dokumente fest

Das Europäische Parlament legte am 12. Februar 2020 seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Verordnung über das System über gefälschte und echte Dokumente online (FADO) fest. Das System soll den Austausch von Informationen über echte Dokumente und bekannte Fälschungsmethoden zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten erleichtern. Das FADO-System dient der elektronischen Speicherung, dem schnellen Austausch und der Validierung von Informationen über echte und gefälschte Dokumente. Die Änderungen passen die Verwaltung des FADO-Systems an den durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegten institutionellen Rahmen an. Das FADO-System sollte Informationen über alle Arten von echten Reise-, Identitäts- und Aufenthaltsdokumenten, Personenstandsunterlagen, Führerscheinen und Fahrzeugscheinen, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden enthalten.

[Standpunkt des EP](#)

Kommission stellt Strategien für Daten und künstliche Intelligenz vor

Siehe im Detail unter [Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung](#).

Hilfestellung für Verfahren vor dem EuGH

Am 14. Februar 2020 hat der Gerichtshof auf der Grundlage von Art. 208 seiner Verfahrensordnung aktualisierte Praktische Anweisungen für die Parteien in den Rechtssachen vor dem Gerichtshof erlassen. Diese Anweisungen sollen den Parteien und ihren Vertretern konkrete Anweisungen für das Verfahren vor dem Gerichtshof an die Hand geben. Die Aktualisierung betrifft den verstärkten Nutzen von elektronischer Kommunikation und die Änderungen der Verfahrensordnung seit 2012.

[Amtsblatt](#) (Text der Anweisungen)

4. Finanzen

Sondergipfel zum EU-Haushalt

Am 20. Februar 2020 trafen sich die Staats- und Regierungschef in Brüssel zu einem Sondergipfel zum mehrjährigen Finanzrahmen, dem EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027.

Ratspräsident Michel hatte am 14. Februar 2020 einen Entwurf zum mehrjährigen Finanzrahmen vorgelegt, der gut eine Billion Euro für die Jahre 2021 bis 2027 vorsieht. Dafür sollten die EU-Staaten 1,074 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die EU-Kasse einzahlen. Das Parlament hatte wiederholt 1,3 Prozent gefordert, was den Haushaltsrahmen um etwa 230 Mrd. EUR vergrößern würde. Auch die EU-Staaten hatten den jüngsten Vorschlag in großer Deutlichkeit zurückgewiesen. Die Nettozahler, darunter Deutschland, Österreich, die Niederlande, Schweden und Finnland, fordern die Beibehaltung von Beitragsrabatten für diese Staaten und weisen darauf hin, dass sie große Herausforderungen in ihren Staaten stemmen müssten. Eine Einigung kam nicht zustande, ein neuer Sitzungstermin ist noch nicht benannt (siehe zu diesem Thema auch Vorbemerkung).

[Tagungsseite des Rats](#)

Mehrwertsteuer: Rat beschließt vereinfachte Vorschriften für Kleinunternehmen

Der Rat hat am 18. Februar 2020 vereinfachte Mehrwertsteuervorschriften für Kleinunternehmen beschlossen. Die neuen Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand und die Befolgungskosten für Kleinunternehmen zu verringern, und für steuerliche Rahmenbedingungen sorgen, die Kleinunternehmen helfen, zu expandieren und effizienter grenzüberschreitend Handel zu treiben.

Unternehmen haben Mehrwertsteuerpflichten und fungieren als Mehrwertsteuereinnahmer. Hierdurch entstehen Befolgungskosten, die für Kleinunternehmen proportional höher sind als für größere Unternehmen. Die derzeitige MwSt.-Regelung schreibt vor, dass die Mehrwertsteuerbefreiung für Kleinunternehmen nur von inländischen Unternehmen in Anspruch genommen werden kann. Nach der heute beschlossenen Reform darf künftig Kleinunternehmen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten eine ähnliche Mehrwertsteuerbefreiung gewährt werden.

Mit der Aktualisierung der Vorschriften wird zudem die Befreiung besser konzipiert, was zur Verringerung der Mehrwertsteuer-Befolgungskosten beiträgt. Auch wird die Gelegenheit genutzt, um Anreize für die freiwillige Befolgung der Steuervorschriften zu setzen und auf diese Weise zur Verringerung der durch Nichtbefolgung und Mehrwertsteuerbetrug entstehenden Einnahmenverluste beizutragen.

Der Text sieht vor, dass Kleinunternehmen für vereinfachte MwSt.-Befolgungsvorschriften infrage kommen können, wenn ihr Jahresumsatz einen Schwellenwert, der von einem betroffenen Mitgliedstaat festgesetzt wurde und höchstens 85.000 EUR betragen darf, nicht überschreitet. Unter bestimmten Voraussetzungen werden Kleinunternehmen aus anderen Mitgliedstaaten, die diesen Schwellenwert nicht überschreiten, ebenfalls in den Genuss der vereinfachten Regelung kommen können, sofern sich ihr EU-weiter Jahresumsatz insgesamt auf höchstens 100.000 EUR beläuft. Die Neuregelung gilt ab dem 1. Januar 2025.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Semester: Wege zur nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit

Am 26. Februar 2020 hat die Kommission im Rahmen des europäischen Semesters die diesjährigen Länderberichte vorgestellt. Die darin enthaltenen Analysen zeigen auf, wie die Mitgliedstaaten wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit erreichen können, und weisen auf die erforderlichen Strukturreformen sowie auf Herausforderungen im Zusammenhang mit Investitionen hin.

In den Länderberichten wird hervorgehoben, dass das Produktivitätswachstum – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – weiterhin eine Herausforderung darstellt. Angesichts der guten Arbeitsmarktbedingungen gehen Armut und soziale Ausgrenzung weiterhin zurück, doch besteht diesbezüglich nach wie vor erhebliches Gefährdungspotenzial.

Im Hinblick auf Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrem Schuldenstand und der Tragfähigkeit ihrer öffentlichen Finanzen sind die einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin sehr unterschiedlich aufgestellt.

Die [Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020](#) stellte einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer Neuausrichtung des Europäischen Semesters auf wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit dar, durch die im Einklang mit dem [europäischen Grünen Deal](#) eine Wirtschaft geschaffen werden soll, die den Menschen und dem Planeten gerecht wird.

Die Länderberichte und die Ergebnisse der eingehenden Überprüfungen werden zunächst vom Rat erörtert. Die Kommission wird über die Zusammenfassung der Ergebnisse der Länderberichte mit dem Europäischen Parlament beraten.

In den kommenden Monaten wird die Kommission zudem mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Standpunkte der nationalen Parlamente, Regierungen, Sozialpartner und anderer Interessenträger zur Analyse und den Schlussfolgerungen der Länderberichte einzuholen.

Im April unterbreiten die Mitgliedstaaten dann ihre nationalen Reformprogramme, in denen die nationalen Reformprioritäten erläutert sind, und ihre Stabilitätsprogramme (für Länder des Euro-Währungsgebiets) bzw. Konvergenzprogramme (für Länder, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören) mit der jeweiligen mehrjährigen haushaltspolitischen Strategie.

Auf der Grundlage dieser Programme sowie der Länderberichte wird die Kommission im Frühjahr 2020 ihre Vorschläge für neue länderspezifische Empfehlungen vorlegen; diese werden auf die wichtigsten Herausforderungen abzielen, die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum 2020-2021 angegangen werden sollten.

[Pressemitteilung](#)

[Länderbericht Deutschland](#)

5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel

Kommission stärkt Einbeziehung der Bürger in die Kohäsionspolitik

Die Kommission hat am 6. Februar beschlossen, zwei neue Pilotprojekte auf den Weg zu bringen, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger stärker an der Durchführung von Kohäsionsprojekten einzubeziehen. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv in die Planung, Verwendung und Überwachung der EU-Mittel einzubinden und bessere Ergebnisse zu erzielen.

Im Rahmen des ersten Pilotprojekts stellt die [Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#) (OECD) den Behörden, die EU-Mittel verwalten, Fachwissen zur Verfügung und leistet Unterstützung. Die soll speziell auf die Einführung neuer Initiativen abzielen, die Bürgerbeteiligungen erhöhen und die Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Verwaltungsbehörden, die sich an dieser Initiative beteiligen möchten, wurde heute veröffentlicht.

Für das zweite Pilotprojekt wird die Kommission 250.000 Euro als Basisfinanzierung bereitstellen, um innovative Ideen und Initiativen zur Förderung der Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Dabei sollen insbesondere kleinere und lokale Organisationen der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden. Ziel ist es, neue Konzepte der Bürgerbeteiligung zu testen und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Kohäsionspolitik anzuregen, zu fördern und zu unterstützen. Damit soll eine bessere Umsetzung der Projekte und ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein für ihre Ergebnisse bei den Menschen erreicht werden. Die [an Organisationen gerichtete Aufforderung zur Einreichung von Ideen](#) wird in den nächsten Wochen veröffentlicht.

[Pressemitteilung:](#)

Kommission: Winterprognose 2020 Stabiles, aber gedämpftes Wachstum

Die am 13. Februar 2020 veröffentlichte Winterprognose 2020 bestätigt den gemäßigten Wachstumskurs der europäischen Wirtschaft. Nach der Prognose wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Euro-Währungsgebiet in den Jahren 2020 und 2021 stabil bei 1,2 Prozent bleiben. Für Deutschland rechnet die Kommission in beiden Jahren mit einem Wachstum von je 1,1 Prozent. Für die EU insgesamt wird ein geringfügiger Rückgang des Wachstums auf 1,4 Prozent in den Jahren 2020 und 2021 prognostiziert - in der Herbstprognose 2019 wurde noch von 1,5 Prozent ausgegangen. Die Inflationsprognose für das Euro-Währungsgebiet wurde für 2020 auf 1,3 Prozent und für 2021 auf 1,4 Prozent korrigiert - eine Steigerung von 0,1 Prozentpunkten für beide Jahre im Vergleich zur Herbstprognose 2019.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_232

https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/winter-2020-economic-forecast-offsetting-forces-confirm-subdued-growth_de

Kommission: Debatte über wirtschaftspolitische Steuerung in der EU an

Die Europäische Kommission hat am 5. Februar 2020 den Startschuss für eine öffentliche Debatte darüber gegeben, wie wirksam die wirtschaftspolitische Überwachung in der EU funktioniert. Stabilität bleibt ein zentrales Ziel, Wachstum soll aber gleichzeitig gestützt werden und insbesondere die massiven Investitionen mobilisiert werden, die für den Klimaschutz gebraucht werden. Auch muss es mehr Raum für antizyklische Finanzpolitik geben, da die Möglichkeiten der EZB zunehmend eingeschränkt sind. Alle Regeln inzwischen so komplex, dass den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zu vermitteln ist, was „Brüssel“ meint. Die Kommission wird eine spezielle Online-Plattform einrichten auf der sich Interessierte vom 17. Februar bis zum 30. Juni 2020 äußern können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_170

https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/stability-and-growth-pact/economic-governance-review_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_20_171

Europäische Kommission legt einen Fahrplan für einen Rechtsakt zu importierten Erzeugnissen aus Waldschädigung vor

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 5. Februar 2020 einen Fahrplan für eine Verordnung zur Verringerung der Auswirkungen von in der EU verkauften Erzeugnissen auf Entwaldungen. Fast 80 % der gesamten weltweiten Entwaldung seien auf die Erzeugung von Waren wie Soja, Rindfleisch, Palmöl, Kaffee und Kakao zurückzuführen. In der EU sollten keine Erzeugnisse verkauft werden, welche aus Waldschädigungen herrühren. Die Europäische Kommission werde eine Folgenabschätzung durchführen und untersuchen, welche Arten von Maßnahmen die EU für bestimmte Erzeugnisse oder für alle Erzeugnisse zusammen ergreifen sollte. Rückmeldungen sind bis 4. März 2020 möglich. Im zweiten Quartal 2020 ist eine öffentliche Konsultation vorgesehen. Der Vorschlag für einen Rechtsakt soll im ersten Quartal 2021 unterbreitet werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-583731_de

Europäische Kommission: Grundsätze für elektronische Produktinformationen für EU-Arzneimittel

Die Europäische Kommission, die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und das Netzwerk der Leiter der europäischen Arzneimittelzulassungsbehörden haben am 29. Februar 2020 Grundsätze für die Verwendung von elektronischen Produktinformationen zu Arzneimitteln veröffentlicht. Ziel ist ein harmonisierter Ansatz für die Entwicklung und Verwendung elektronischer Produktinformationen für Humanarzneimittel in der EU. Digitale Plattformen eröffneten zusätzliche Möglichkeiten, Produktinformationen für Patienten elektronisch zu verbreiten. Damit kann Kompatibilität mit anderen elektronischen Gesundheitssystemen wie elektronischen Gesundheitsakten hergestellt werden. Außerdem kann besser auf die Bedürfnisse von Patienten und Angehörigen der Gesundheitsberufe eingegangen werden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/key-principles-use-electronic-product-information-eu-medicines>

https://www.ema.europa.eu/en/documents/regulatory-procedural-guideline/electronic-product-information-human-medicines-european-union-key-principles_en.pdf

Europäische Kommission: Erneuerte Expertengruppe für digitale Gesundheit

Die Kommission hat am 7. Februar 2020 die Erweiterung der Expertengruppe für digitales Gesundheitswesen (eHealth Stakeholder Group) bekannt gegeben. Neue Mitgliedsorganisationen sind vierzig europäische Verbände, welche Patienten, die Gesundheitsindustrie, Angehörige des Gesundheitswesens und Forschungseinrichtungen vertreten. Die Expertengruppe soll insbesondere bei der Weiterentwicklung eines europäischen Formats für den Austausch elektronischer Gesundheitsdatensätze, Digitale Gesundheitsdiensten, Gesundheitsdatenschutz, Cybersicherheit für Gesundheits- und Pflegedaten, Digitale Instrumente zur Stärkung der Bürger und zur personen-zentrierten Pflege sowie Künstliche Intelligenz tätig werden. Die erste Sitzung der erneuerten Gruppe ist für den 13. März 2020 in Brüssel geplant.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/new-members-ehealth-stakeholder-group-start-their-work>

Europäische Kommission Konsultation zu Strategie für Krebsbekämpfung

Die Kommission startete am 4. Februar eine bis 28. April 2020 laufende Konsultation im Vorfeld eines europäischen Plans zur Krebsbekämpfung, der bis Ende dieses Jahres vorgelegt wird. Die Konsultation richtet sich an einzelne Bürger, Patienten und Pflegende, sowie an Angehörige der Gesundheitsberufe und Organisationen, die sich mit Krebsprävention, Diagnose, Behandlung, Nachsorge und Forschung befassen. Die Kommission beabsichtigt, den Plan so zu konzipieren, dass er den gesamten Krankheitszyklus abdeckt, angefangen von der Prävention und Frühdiagnose bis hin zu Behandlung und Lebensqualität von Patienten und Überlebenden. Neben der öffentlichen Konsultation leitet die Kommission heute auch eine Konsultation zum Fahrplan für den Plan ein, die bis 3. März 2020 läuft. Bis Juli werden konkrete Punkte mit den Mitgliedstaaten erörtert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_154

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-693786_en

Europäische Kommission: EU-Tabakbesteuerung sollte Zigarettenkonsum stärker eindämmen

Die derzeitigen Vorschriften zur Tabakbesteuerung funktionierten zwar gut hinsichtlich Vorhersehbarkeit und Stabilität der Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten, verhindern den hohen Tabakkonsum in der EU aber nicht mehr ausreichend. Notwendig sei ein umfassenderer Ansatz, der alle Aspekte der Tabakkontrolle einschließlich der öffentlichen Gesundheit, der Besteuerung, der Bekämpfung des illegalen Handels und der Umweltbelange berücksichtigt. Dies geht aus der Bewertung der EU-Vorschriften zur Besteuerung von Tabakwaren hervor, die die EU-Kommission am 10.02. veröffentlicht hat. Die Erhöhung der EU-Mindestsätze für Zigaretten und Feinschnitttabak habe nur in den Mitgliedstaaten Auswirkungen gehabt, die von vornherein ein sehr niedriges Steuerniveau hatten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200210-eu-tabakbesteuerung_de

https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/10-02-2020-tobacco-taxation-report.pdf

EU-Gesundheitsminister: Verstärken Koordination der Zusammenarbeit zum Coronavirus

Die EU-Gesundheitsminister sowie die EU-Kommissare Janez Lenarčič und Stella Kyriakides haben sich am 13.02. bei einem Sondertreffen des Rates zu einer verstärkten Koordination bekannt, um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus CO-VID-19 in Europa einzudämmen. Dafür spielen die Isolierung von betroffenen Patienten und die Rückverfolgung von Kontaktpersonen eine entscheidende Rolle. Die EU-Mitgliedstaaten werden sich eng an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO halten und China bei der Bekämpfung des Virus weiter unterstützen (siehe auch Vorbemerkung zu dieser Ausgabe).

https://ec.europa.eu/germany/news/20200213-coronavirus_de

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2020/02/13/>

<https://www.consilium.europa.eu/media/42546/st06013-re01-en20.pdf>

<https://www.consilium.europa.eu/media/42551/st05894-en20.pdf>

Europäischer Gerichtshof: Hinweispflicht zu gesundheitsbezogenen Angaben

Der EuGH entschied am 30.01., anders als von Generalanwalt Gerard Hogan vorgeschlagen, dass die Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel dahin auszulegen ist, dass die darin vorgesehene Anforderung, wonach jedem Verweis auf allgemeine, nicht spezifische Vorteile eines Nährstoffs oder Lebensmittels eine in einer der Listen nach Art. 13 oder Art. 14 dieser Verordnung enthaltene spezielle gesundheitsbezogene Angabe beigefügt sein muss, nicht erfüllt ist, wenn die Vorderseite der Umverpackung eines Nahrungsergänzungsmittels einen Verweis auf allgemeine, nicht spezifische Vorteile eines Nährstoffs oder Lebensmittels für die Gesundheit enthält, während sich die spezielle gesundheitsbezogene Angabe, die diesem Verweis beigefügt sein soll, nur auf der Rückseite der Umverpackung befindet und es keinen ausdrücklichen Hinweis wie etwa einen Sternchenhinweis auf den Bezug zwischen den beiden Angaben gibt.

<http://curia.europa.eu/juris/celex.jsf?celex=62018CJ0524&lang1=de&type=TXT&ancre=>

Europäische Kommission: Zunahme der Agrar- und Lebensmittelexporte der Europäischen Union

Aus dem am 04.02. veröffentlichten monatlichen Bericht über den Agrar- und Lebensmittelhandel geht hervor, dass der monatliche Wert der Agrar- und Lebensmittelausfuhren in der EU im November 2019 im Vergleich zum November 2018 weiter gestiegen ist. Der Wert lag 2019 mit 13,43 Mrd. EUR um 7,3 % über dem Vorjahreswert. Unterdessen gingen die monatlichen Agrar- und Lebensmitteleinfuhren leicht auf 9,78 Mrd. EUR zurück, was 5,7 % unter dem Niveau vom November 2018 liegt. Infolgedessen belief sich der monatliche Überschuss des Agrar- und Lebensmittelhandels auf 3,65 Mrd. EUR. Die höchsten monatlichen Exportwerte verzeichneten China, die Türkei und Ägypten. Der Anstieg wurde hauptsächlich durch Schweinefleisch, Weizen und Schlachtnebenerzeugnisse angetrieben.

https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/trade/trade-and-international-policy-analysis_de

6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt

Eurobarometer: Unterstützung für den Europäischen Grünen Deal

Umweltschutz und Klimawandel sind nach Ansicht der Deutschen die größten Probleme, vor denen die EU steht. Laut der jüngsten nationalen Eurobarometer-Umfrage sind 44 Prozent der Deutschen dieser Ansicht und erwarten von der EU entschlossenes Handeln.

Der Grüne Deal soll unter anderem Maßnahmen umfassen, welche die EU bis 2050 klimaneutral werden lassen. Dies durch einen sogenannten Klimapakt. Weiterhin sind Maßnahmen im Bereich Umwelt und Landwirtschaft wesentlich. Hierzu gehören u.a. die Überarbeitung der Biodiversitäts- und Forststrategie, die weitere Stärkung der Kreislaufwirtschaft inklusive der Bioökonomie.

Seit 2015 haben Umweltschutz und Klimawandel in der Bewertung der wichtigsten Probleme durch die Europäer insgesamt um 24 Prozentpunkte zugelegt. Die Ergebnisse der Eurobarometerumfrage zeigen, dass die befragten Deutschen mehrheitlich dazu bereit wären, die Hälfte des EU-Budgets für Klima- und Umweltschutz zu verwenden (50%).

Im vorliegenden Eurobarometer wurden die Bürger auch gefragt, wie sie die Maßnahmen gewichten, mit denen die EU den Grünen Deal erreichen will. Danach befürworten 59% der Deutschen und 54% der Europäer die Entwicklung erneuerbarer Energien. Eine Vorreiterrolle Europas im Kampf gegen Kunststoffabfälle und Einwegplastik unterstützen 57% der Deutschen und 53 % der Europäer. Die Förderung der „Kreislaufwirtschaft“ für den Erhalt natürlicher Ressourcen und weniger Abfall finden 44% der Deutschen und 33% der Europäer sinnvoll.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Umweltagentur: Auswirkungen des Klimawandels erfordern Anpassungen

Am 10. Februar 2020 stellte die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht über Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene europäische Regionen vor. Mit interaktiven Landkarten zeigt die EEA auf, dass nach ihren Berechnungen extreme Wetter- und Klimaereignisse wie Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und stark steigende Meeresspiegel in vielen Regionen häufiger und intensiver werden. Die Verschärfung des Klimawandels werde eintreten, selbst wenn sich die weltweiten Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen als wirksam erweisen sollten.

Jedoch würden die Folgen viel weniger schlimm, wenn es gelänge, die globale Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten. Eine regional und lokal zugeschnittene Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels sei entscheidend, so die EEA. Im Rahmen des von der Kommission angekündigten Grünen Deals sollte deshalb auch eine erhöhte Widerstandsfähigkeit der europäischen Regionen eine Schlüsselrolle spielen. Die Kommission hat bereits für 2020/2021 eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel angekündigt.

[Pressemitteilung](#)

Umwelt – Deutschland soll Vorschriften zum Schutz von Oberflächengewässern verbessern

Die Kommission hat am 12. Februar 2020 ein Aufforderungsschreiben an Deutschland verschickt, in dem sie nachdrücklich fordert, die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der EU- Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik ordnungsgemäß in nationales Recht umzusetzen. Mit der Richtlinie soll sichergestellt werden, dass die chemische Verschmutzung von Oberflächengewässern keine Gefahr für die aquatische Umwelt oder die menschliche Gesundheit darstellt. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um Stellung zu nehmen und seine Rechtsvorschriften anzupassen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den deutschen Behörden eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

[Pressemitteilung](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland bei Habitat-Richtlinie

Am 12. Februar 2020 hat die Kommission in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme Deutschland nachdrücklich aufgefordert, seinen Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen nachzukommen. Die Kommission ist der Auffassung, dass bei allen 4606 Natura-2000-Gebieten, in allen Bundesländern und auf Bundesebene, eine generelle und fortbestehende Praxis zu beobachten sei, keine ausreichend detaillierten und quantifizierten Erhaltungsziele festzulegen. Außerdem habe Deutschland nicht dafür gesorgt, dass die Behörden in sechs Bundesländern Managementpläne aktiv und systematisch an die Öffentlichkeit weiterleiten (MV nicht betroffen; betrifft u.a. Niedersachsen, Sachsen, Berlin & Bayern). Die Mitgliedstaaten müssen besondere Schutzgebiete mit spezifischen Erhaltungszielen und den entsprechenden Erhaltungsmaßnahmen ausweisen, um einen günstigen Erhaltungszustand der vorhandenen Arten und Lebensräume zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Frist für die Vollendung dieser Maßnahmen für alle Gebiete in Deutschland ist in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen. Daher übermittelte die Kommission 2015 ein Aufforderungsschreiben und 2019 nach langwierigen Gesprächen mit Deutschland ein ergänzendes Aufforderungsschreiben. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren. Kommt Deutschland der Aufforderung nicht binnen zwei Monaten nach, kann die Kommission den Fall an den Gerichtshof der Europäischen Union verweisen.

[Pressemitteilung](#)

Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Am 05. Februar 2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (ECA) einen Sonderbericht zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Darin stellte der Hof fest, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten zwar Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ergriffen haben, jedoch bei der Messung und Verringerung der damit verbundenen Risiken nur begrenzt Fortschritt erzielt wurde. Die Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes ist für Landwirte zwar obligatorisch, stelle jedoch keine Anforderung für den Erhalt von Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dar. Darüber hinaus würden sowohl die Durchsetzung als auch die verfügbaren EU-Statistiken im Hinblick auf die Erreichung des Ziels der nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln als unzureichend eingeschätzt.

[Pressemitteilung](#)

EU-Parlament gegen illegalen Handel mit Haustieren

Am 12. Februar 2020 hat das EU-Parlament eine Resolution angenommen, in der Maßnahmen gegen den illegalen Handel mit Haustieren gefordert werden. In der Resolution wird betont, dass der illegale Handel mit Hunden und Katzen nicht nur negative Auswirkungen auf das Wohlergehen der Tiere hat, sondern auch mit Risiken für die öffentliche Gesundheit und den Verbraucherschutz verbunden ist. Es wird u. a. gefordert, dass die Kommission einen Vorschlag für ein EU-weites System zur Identifizierung und Registrierung von Katzen und Hunden, einen bereichsübergreifenden Aktionsplan der EU, eine einheitliche Definition großer gewerblicher Tierzuchtbetriebe („Welpenfabriken“) auf EU-Ebene sowie gemeinsame Normen für die Zucht und Vermarktung von Katzen und Hunden vorlegt. Die Mitgliedstaaten werden u. a. aufgefordert, die Strafverfolgung zu verbessern und härtere Strafen zu verhängen, um den illegalen Handel mit Heimtieren wirksam einzudämmen.

[Pressemitteilung](#)

Neues Webportal „Forstinformationen für Europa“

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat am 05. Februar 2020 mit dem Forstinformationssystem für Europa (FISE) die erste Datenbank ihrer Art zu Waldinformationen in Europa gestartet. Ziel ist es, den Austausch von Fachwissen sowie Forschung und Innovation über die FISE-Plattform zu erleichtern und den Nutzern ein besseres Verständnis der komplexen Veränderungen und Herausforderungen zu ermöglichen, denen sich Waldökosysteme und deren Bewirtschaftung gegenübersehen. Die Arbeiten an FISE werden in den kommenden Jahren fortgesetzt und umfassen fünf Schwerpunktthemen für Waldinformationen zu Waldgrunddaten (Abdeckung und Arten), Bioökonomie, Natur und Artenvielfalt, Klimaschutz sowie Waldgesundheit und -resilienz. Die EUA verwaltet das FISE-Webportal, sammelt und analysiert in Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Kommission die Daten der nationalen Datenzentren über das Europäische Umweltinformations- und -beobachtungsnetz. FISE wird auch Daten und Informationen aus dem EU-Erdbeobachtungs- und -überwachungsprogramm Copernicus verwenden.

[Weitere Informationen](#)

Europäischer Rechnungshof: Nutzung Satellitenunterstützter Überwachung in der GAP

In seinem am 28. Januar 2020 herausgegebenen Sonderbericht bescheinigt der Europäische Rechnungshof (ECA) der Kommission und den Mitgliedstaaten, dass es bei der Nutzung neuer Bildgebungstechnologien in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) insgesamt Fortschritte gäbe. Der ECA prüfte, ob die Kommission die breite Anwendung der neuen Technologien wirksam gefördert habe und ob die Mitgliedstaaten angemessene Maßnahmen zu ihrer Einführung ergriffen hätten. Im Zusammenhang mit den Regelungen für die ländliche Entwicklung und den Cross-Compliance-Vorschriften stellte der ECA fest, dass neue Technologien nur in begrenztem Maße für die Überwachung hinsichtlich der Klima- und Umweltauforderungen genutzt würden. Er empfiehlt deshalb der Kommission, den Mitgliedstaaten Unterstützung und Anreize zu bieten, um den Ansatz der Kontrollen durch Monitoring in der GAP nach 2020 als zentrales Kontrollsystem einzusetzen, Hindernisse zu ermitteln und einen Aktionsplan zu deren Beseitigung zu entwickeln.

[Pressemitteilung](#)

[Sonderbericht](#)

Brexit-Verhandlungen starten: Fanggründe, Fischfangquoten & SPS-Maßnahmen

Die Kommission hat die Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten begrüßt, die Eröffnung von Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über die künftige Partnerschaft zu billigen. Sie hatten den von der Kommission vorgeschlagenen Verhandlungsrichtlinien am 25. Februar 2020 zugestimmt. Die förmlichen Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich sollten damit in der kommenden Woche (KW 10) beginnen.

In den umfassenden Verhandlungsrichtlinien werden Umfang und Bedingungen der künftigen Partnerschaft, die die EU mit dem Vereinigten Königreich (VK) einzugehen plant, festgelegt. Diese Richtlinien decken alle Bereiche ab, die für die Verhandlungen von Interesse sind, darunter die Fischereipolitik und der Zugang zu Fischereigebieten und Quotenfestlegungen zwischen der EU und dem VK. In den Verhandlungsrichtlinien sprechen sich die Mitgliedstaaten klar dafür aus, im Bereich Fischerei bis 1. Juli 2020 eine Einigung zu erzielen, um bereits für 2021 Gewissheiten für die Fischereibetriebe geben zu können und Fangmöglichkeiten nach dem Übergangszeitraum rechtzeitig festlegen zu können. Die Mitgliedstaaten fordern, nicht vom bisherigen Status Quo abzuweichen. Im Rahmen der künftigen Partnerschaft sollten laut Rat der bestehende gegenseitige Zugang zu den Gewässern sowie stabile Quotenanteile beibehalten werden.

Im Bereich der SPS soll die geplante Partnerschaft auf dem WTO-Übereinkommen über SPS-Maßnahmen aufbauen und darüber hinausgehen, um den Zugang zum Markt jeder Vertragspartei zu erleichtern. Die SPS-Bestimmungen sollen die Anwendung eines unionsweiten Ausfuhrgenehmigungsverfahrens verfolgen und die Regionalisierung bei Krankheits- oder Schädlingsausbrüchen auf der Grundlage geeigneter epidemiologischer Informationen der Ausfuhrpartei anerkennen.

[Pressemitteilung](#)

[Verhandlungsrichtlinien](#)

[LEADER-Projekt verbessert Natur- und Umweltbildung in Grieser Gegend](#) (07.02.2020)

[Backhaus: Gut angelegte Investition in die Zukunft des ländlichen Raums](#) (19.02.2020)

[Unternehmen für die Belieferung von Schulen mit Milch und Obst gesucht](#) (21.02.2020)

[Einladung: Öffentliche Informationsveranstaltung zum Boddenhecht](#) (21.02.2020)

[Ersatzneubau für Dömitzer Schulzentrum eingeweiht](#) (24.02.2020)

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur

EP zu Problemen der EU Programme für Bildung, Kultur und Freiwilligendienst

Die Situation: Die Trilog-Verhandlungen seien ins Stocken geraten und es fehlen ausreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten des Parlaments zu den Details der Programme. Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im EP, Sabine Verheyen (DE, EVP), und die Berichterstatter für die drei Programme - Milan Zver (SL, EVP) für Erasmus+, Massimiliano Smeriglio (IT, S&D) für Creative Europe und Michaela Šojdrová (CS, EVP) für das Europäische Solidaritätskorps – haben eine gemeinsame Erklärung dazu abgegeben:

"Die Bildungs-, Kultur- und Freiwilligenprogramme der EU bringen Menschen zusammen, helfen ihnen, voneinander zu lernen, feiern Kreativität und Vielfalt und geben den Menschen bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Das Parlament, der Rat und die Kommission haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Programme bis Januar 2021 mit einem Budget ausgestattet sind, das den Ambitionen entspricht, von denen wir alle sagen, dass wir sie teilen. Aber das bedeutet nicht, dass das Parlament bereit ist, einfach nur allem zuzustimmen".

"Wir haben eine Verdreifachung des Erasmus+-Budgets und eine Verdoppelung des Creative Europe-Budgets gefordert, während der Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft vom Dezember sogar 20% unter dem Kommissionsvorschlag lag. Um es klar zu sagen: Wenn wir nicht genug Geld für jedes der drei Programme haben, müssen wir unsere Ambitionen für die nächsten sieben Jahre zurückschrauben. Wir fordern den Rat auf, den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen voranzutreiben und mit einem vollständigen Verhandlungsmandat an den Verhandlungstisch zurückzukehren, auch über die Budgetverteilung - es macht keinen Sinn mehr, die wichtigsten Dingen bei den Verhandlungen außen vor zu lassen".

"Wir möchten die Kommission auch daran erinnern, dass Flexibilität im Programm zwar sinnvoll ist, dass wir aber nicht tolerieren können und wollen, dass Beamte große politische und haushaltspolitische Entscheidungen treffen, statt den gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Regierungen im Rat. Wir werden der Kommission für die nächsten sieben Jahre keinen Freibrief geben. Wir fordern die Kommission seit Anfang Oktober auf, einen geeigneten Mechanismus für die Entscheidungsfindung im Verlauf des Programms zu entwickeln. Es ist an der Zeit, etwas zu tun".

"Das Parlament ist jederzeit bereit, die Gespräche wieder aufzunehmen, aber zunächst brauchen wir harte Vorschläge der Kommission und ein volles Verhandlungsmandat des Rates."

[EP Pressemitteilung](#)

Informeller Forschungsministerrat in Zagreb

Am 3. Und 4. Februar 2020 fand im Rahmen der kroatischen Ratspräsidentschaft in Zagreb unter dem Vorsitz der kroatischen Ministerin für Wissenschaft und Bildung, Blaženka Divjak, ein informelles Treffen der EU-Forschungsminister unter Beteiligung der EFTA-Staaten Schweiz, Norwegen und Island statt. An dem Treffen nahm auch die EU Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Mariya Gabriel, teil. In einer Orientierungsaussprache tauschten sich die Ministerinnen und Minister über das Thema „Neuer Europäischer Forschungsraum (EFR) und ‚Brain Circulation‘“ aus. Unter „Brain Circulation“ (u. a. mit „Talentkreislauf“ ins Deutsche übersetzt) ist das von kroatischer Ratspräsidentschaft aufgegriffene Bestreben zu bezeichnen, den freien Austausch von Wissen und Wissenschaftlern in ganz Europa noch mehr zu befördern und dabei allerdings das „Ausbluten“ einzelner Regionen zu verhindern. Von einigen Mitgliedstaaten wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschende in erster Linie eine nationale Aufgabe sei.

[Pressemitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft](#)

Frauen und Mädchen in der Wissenschaft - vom Anspruch zur Realität

Am 11. Februar 2020, dem Internationalen Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft, lobte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die außerordentlichen Leistungen von Wissenschaftlerinnen in ganz Europa. Sie räumte ein, dass nicht jede Frau und jedes Mädchen die Chance hatte, ihre Bestrebungen zu verwirklichen. "Weniger als 30% der Forscher weltweit sind Frauen", zitierte von der Leyen in ihrer Videobotschaft UN-Daten. "Das muss sich ändern", betonte sie. 2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, die den 11. Februar zum Internationalen Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft erklärt, um Frauen und Mädchen vollen und gleichen Zugang zu Wissenschaft und Teilnahme an Wissenschaft zu ermöglichen. Im Jahr 2018 waren laut Eurostat von fast 15 Mio. Wissenschaftlern und Ingenieuren in der EU 59% Männer und 41% Frauen. „Gleichheit für alle und Gleichheit in allen Sinnen“ ist eine der Hauptprioritäten der von der Leyen-Kommission und der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. „Meine Kommission wird hart daran arbeiten, einen vollständigen und gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen in der Wissenschaft zu erreichen. Eine Union der Gleichberechtigung ist eine unserer Hauptprioritäten“, sagte von der Leyen.

[Pressemitteilung](#)

Kreatives Europa – EU fördert audiovisuelle Projekte

Die Europäische Kommission hat einen Wettbewerbsaufruf zur Verbindung von Kultur und audiovisuellen Inhalten durch Digitalisierung veröffentlicht. Gefördert werden Projekte, die an der Schnittstelle zwischen Kultur- und Kreativbranchen angesiedelt sind und innovative Technologien oder sektorenübergreifende Konzepte nutzen, die zur Verbreitung, Bekanntmachung und Marketing von Kultur und Kreativität beitragen. Vergeben wird die Förderung an Projekte mit mindestens drei Partnern aus drei Ländern, die am EU-Programm Kreatives Europa teilnehmen und Fachwissen aus verschiedenen kulturellen und kreativen Bereichen vorweisen können. Insgesamt stehen Fördermittel in Höhe von 1,75 Mio. EUR zur Verfügung. Einreichtermin ist der 14. Mai 2020.

[Aufruf](#)

8. Gleichstellung

Die neue Gleichstellungsstrategie

Zum 8. März 2020, dem Internationalen Frauentag, wird die neue Geschlechtergleichstellungsstrategie der Kommission erwartet. Die EU Kommissarin Helena Dalli ist überzeugt, dass die neue ehrgeizige Strategie einen Meilenstein zur Realisierung der Gleichstellung als Grundprinzip der EU darstellt.

Es stehen Themen wie Gewalt gegen Frauen, Lohnungerechtigkeit, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sowie Geschlechterfragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und Künstlicher Intelligenz im Mittelpunkt. Neben der Ratifizierung der [Istanbul - Konvention](#) werden von Abgeordneten des EP weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gegenreaktionen auf die Gleichstellung der Geschlechter gefordert.

[Informationen des EP](#)

9. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung

Kommission mahnt deutschen Energie- und Klimaplan an

Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und Energiekommissarin Kadri Simson haben am 6. Februar 2020 Deutschland sowie acht weitere Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Energie- und Klimapläne unverzüglich der Kommission vorzulegen. Die Frist hierfür war bereits am 31.12.2019 abgelaufen. Die Kommission hatte die letzten Pläne der meisten MS im Juni 2019 als unzureichend bezeichnet und um Nachbesserung gebeten.

[Pressemitteilung](#)

Deutschland kann Innovationen in der Luftfahrtindustrie weiter fördern

Die Kommission hat am 17. Februar 2020 eine deutsche Beihilferegelung zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie von Großunternehmen der Luftfahrtbranche genehmigt. Diese Regelung folgt auf eine bereits genehmigte Maßnahme, die Ende 2018 auslief. Die neue Regelung mit einem durchschnittlichen Jahresbudget von rund 200 Mio. Euro läuft bis 2026.

Die Kommission hat die Maßnahme nach den EU-Beihilfavorschriften, insbesondere dem [Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation von 2014](#), geprüft. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Regelung das festgestellte Marktversagen behebt und Forschung, Entwicklung und Innovation in diesem Sektor fördert. Darüber hinaus stellte die Kommission fest, dass Schutzmaßnahmen vorgesehen sind, die verhindern, dass die Maßnahme den Wettbewerb übermäßig verfälscht oder den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigt.

Außerdem müssen Großprojekte bei der Kommission einzeln angemeldet werden. Darüber hinaus wird die Regelung Gegenstand einer detaillierten Ex-post-Bewertung durch unabhängige Sachverständige sein, um ihre Wirksamkeit und ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb zu beurteilen.

Auf dieser Grundlage kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Regelung mit den EU-Beihilfavorschriften in Einklang steht. Weitere Informationen werden auf der Website der Kommission im [öffentlichen Fallregister](#) unter der Nummer SA.55829 verfügbar sein, sobald alle Fragen im Zusammenhang mit der Vertraulichkeit geklärt sind.

[Pressemitteilung](#)

Beihilferegelung für die Nachrüstung von Dieselnissen im ÖPNV

Die Kommission hat am 7. Februar 2020 eine Änderung der Beihilferegelung für die Nachrüstung von Dieselnissen im öffentlichen Nahverkehr veröffentlicht. Die Änderungen bestehen in einer Erweiterung der potenziell von der Regelung erfassten Kommunen, einer Verkürzung der Frist für die Verpflichtung zum Einsatz der Busse nach der Nachrüstung und der Einführung der Verpflichtung, die Busse nach der Nachrüstung „hauptsächlich“ statt „überwiegend“ in den erfassten Gemeinden einzusetzen. Die genehmigte Beihilferegelung hat das Ziel, die Luftqualität in den Städten durch die finanzielle Unterstützung der freiwilligen Nachrüstung von mit Dieselmotoren ausgerüsteten Bussen deutlich zu verbessern. Insbesondere sieht die Regelung Zuschüsse zur Unterstützung der Nachrüstung von Bussen der Kategorien EUR III, IV, V und EEV vor, die für den öffentlichen Personenverkehr in etwa 90 Gemeinden eingesetzt werden, in denen die nationalen Grenzwerte für Stickoxide in den Jahren 2016 oder 2017 überschritten wurden. Die Förderung zielt auf die Nachrüstung von bis zu 7.000 Dieselnissen ab.

Die maximale Beihilfeintensität für die Nachrüstung beträgt 80% der förderfähigen Kosten. In Kumulierung mit anderen Beihilfemaßnahmen darf diese bis zu 95% der förderfähigen Kosten betragen. Der maximale Förderbetrag pro Bus beträgt 20.000 EUR. **Mecklenburg-Vorpommern kann von dieser Regelung leider nicht profitieren**, da die nationalen Grenzwerte für Stickoxide in MV nicht überschritten werden.

[Pressemitteilung](#)

Resolution für eine faire und sichere Nutzung von KI

Das EU-Parlament hat am 12. Februar 2020 in einer Resolution strengere Regelungen für die Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) gefordert. Das Parlament sprach sich unter anderem für ein Risikobewertungsschema für KI und automatisierte Entscheidungsfindung sowie einen gemeinsamen EU-Ansatz aus. Die Kommission wird aufgefordert zu prüfen, ob den Marktüberwachungsbehörden im Hinblick auf die Transparenz und Lesbarkeit der Algorithmen zusätzliche Befugnisse eingeräumt werden sollten. Die Resolution wurde an den Rat und die Kommission weitergeleitet. Die Kommission wird am 19.02. ein Weißbuch für die europäische Herangehensweise zur KI vorstellen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission stellt Strategien für Daten und künstliche Intelligenz vor

Die EU-Kommission hat am 19. Februar 2020 ihre Strategie für ein digitales Europa vorgestellt und dabei ihre europäische [Datenstrategie](#) und politische Optionen für die Entwicklung der [künstlichen Intelligenz](#) (KI) konkretisiert. Das Weißbuch zur künstlichen Intelligenz steht nun bis zum 19. Mai 2020 zur [öffentlichen Konsultation](#). Ebenso bittet die Kommission um [Stellungnahmen zu ihrer Datenstrategie](#). Auf der Grundlage der eingehenden Beiträge wird die Kommission weitere Maßnahmen ergreifen, um die Entwicklung einer vertrauenswürdigen KI und die Datenwirtschaft zu unterstützen.

Die Kommission will im Laufe dieses Jahres einen Rechtsakt über digitale Dienste (Digital Services Act) und einen europäischen Aktionsplan für Demokratie vorlegen. Dazu kommt eine Überarbeitung der eIDAS, der Verordnung der EU über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt. Weiterhin prüft die Kommission, ob die europäischen Rechtsvorschriften über Grundrechte (z. B. Datenschutz, Schutz der Privatsphäre und Nichtdiskriminierung), Verbraucherschutz sowie Produktsicherheit und –haftung angepasst werden müssen. Im [Bericht](#) über die Auswirkungen künstlicher Intelligenz, des Internets der Dinge und der Robotik in Hinblick auf Sicherheit und Haftung stellt sie fest, dass die geltenden Produktsicherheitsvorschriften, insbesondere die Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit, die Maschinenrichtlinie, die Funkanlagenrichtlinie und der neue Rechtsrahmen, eine Reihe von Lücken enthalten, die geschlossen werden müssten.

Die Strategie soll Europa in die Lage versetzen, modernste digitale Technik einzuführen und seine Cybersicherheitskapazitäten zu stärken. Europa soll seine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft bewahren - digitale Werkzeuge können diesen Grundsätzen dienen.

Die erforderlichen Investitionen sollen aus dem [Programm für das Digitale Europa](#), der [Connecting Europe Facility 2](#) und dem Forschungsprogramm [Horizon Europe](#) im neuen EU-Haushalt bereitgestellt werden. Für Horizon Europe hat die Kommission vorgeschlagen, 15 Mrd. Euro in Digitales, Industrie und Raumfahrt zu investieren, wobei KI einer der wichtigsten zu fördernden Bereiche sein wird. Im Rahmen des Programms für das Digitale Europa will die Europäische Kommission rund 2,5 Mrd. Euro in die Einführung von Datenplattformen und KI-Anwendungen investieren. Davon könnten 2 Mrd. Euro in ein europäisches Projekt zu europäischen Datenräumen, einschließlich vertrauenswürdiger und energieeffizienter Datenaustausch- und Cloud-Infrastrukturen, investiert werden.

[Pressemitteilung](#)

10. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport

Tagung des Rates für Beschäftigung und Sozialpolitik

Bei seiner Tagung am 10. Dezember 2019 diskutierte der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik über künftige Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung und Gender Mainstreaming in der EU. Im Rahmen der Überprüfung der Umsetzung der VN-Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen durch die EU und ihre Mitgliedstaaten nahm der Rat Schlussfolgerungen über „Gleichstellungsorientierte Volkswirtschaften in der EU“ an.

Die Kommission wurde aufgefordert, einen neuen strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum 2021 bis 2027 vorzulegen. Der Rat sprach sich außerdem für inklusive Arbeitsmärkte aus. Es bringe wirtschaftliche Vorteile, wenn Menschen mit Behinderungen, Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, jungen Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund bessere Beschäftigungschancen geboten werden.

Schließlich führte der Rat eine öffentliche Aussprache über die Zukunft der Sozialvorschriften angesichts des raschen Wandels auf dem Arbeitsmarkt. Dabei sollte sondiert werden, inwieweit die EU-Gesetzgebung im Sozialbereich weiterentwickelt werden kann und wo Probleme bei ihrer Umsetzung auftreten. Auch sollte erörtert werden, wie noch bestehende Lücken in den Rechtsvorschriften beseitigt und die geltenden Gesetze besser durchgesetzt werden können.

[Pressemitteilung](#)

11. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Interreg: Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit feiert 30-jähriges Bestehen

Im Jahr 2020 feiert das EU-Programm zur Zusammenarbeit in den Grenzregionen (Interreg) sein 30-jähriges Bestehen. Seit 1990 wurden über die Interreg-Programme europaweit insgesamt ca. 30 Mrd. Euro investiert. Davon hat auch Deutschland profitiert. Derzeit gibt es 22 grenzübergreifende Projekte, die durch Interreg in Deutschland gefördert werden. Darunter u.a. Aktivitäten in den gemeinsamen Grenzregionen mit Polen, Luxemburg, Frankreich, Österreich, Niederlande und Tschechien.

Die Interreg-Kampagne zum 30-jährigen Bestehen wird über das gesamte Jahr 2020 durchgeführt. Übergeordnete Themen der Kampagne werden „Nachbarn“, „Grün“ und „Jugend“ sein. Weiterhin soll in diesem Rahmen eine Bilanz der bisherigen Leistungen gezogen werden, um zu evaluieren, wo konkret weiteres Verbesserungspotenzial besteht.

Im Moment laufen die Verhandlungen, wieviel Geld in Zukunft für Interreg bereitgestellt wird. Nachdem in ersten Entwürfen der Kommission mehr Geld eingeplant war (9,5 Mrd. EUR für ganz Europa) wird jetzt ein Mittelvolumen von 7,9 Mrd. EUR veranschlagt. Das ist aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern bedauernd, weil Interreg einen realen europäischen Mehrwert hat und dabei hilft, dass Mecklenburg-Vorpommern besser mit seinen Nachbarregionen kooperieren kann.

[Pressemitteilung](#)

[Fakten zu Interreg](#)

[Interaktive Karte zu Interreg](#)

Kommission und Europäische Investitionsbank starten Fonds für Blaue Wirtschaft

Am 4. Februar 2020 hat die Kommission in Partnerschaft mit dem Europäischen Investitionsfonds, den BlueInvest-Fonds in Höhe von 75 Mio. EUR, einen Investitionsfonds für die blaue Wirtschaft, gestartet. Die blaue Wirtschaft umfasst Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit den Ozeanen, Meeren und Küsten, die hier tätigen Unternehmen entwickeln z.B. Lösungen für erneuerbare Energien, nachhaltige Aquakultur- und Fischereierzeugnisse und maritime Informationstechnologie.

Der BlueInvest-Fonds wird vom Europäischen Investitionsfonds, einem Teil der Europäischen Investitionsbank-Gruppe, verwaltet. Er stellt Finanzmittel für die zugrundeliegenden Beteiligungsfonds bereit, die strategisch auf die innovative blaue Wirtschaft ausgerichtet sind und diese fördern.

[Pressemitteilung](#)

12. Ausschuss der Regionen

Neue Mandatsperiode des AdR

Vom 11. bis 13. Februar fand in Brüssel die konstituierende Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen für die 7. Mandatsperiode (2020-2025) statt. Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Tilo Gundlack, Mitglied des Landtages, auf der Sitzung vertreten. Gäste waren Ivan Malenica, Minister für öffentliche Verwaltung Kroatiens und Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für Demokratie und Demografie. Neuer Präsident des AdR ist Apostolos Tzitzikostas (EVP) aus der Region Zentralmazedonien in Griechenland. Zum Ersten Vizepräsidenten ist Vasco Ilídio Alves Cordeiro, Präsident der Regionalregierung der Azoren (SPE) in Portugal, gewählt worden.

Geplant ist, dass er nach zweieinhalb Jahren das Amt des Präsidenten des AdR übernimmt. Erstmals wird es auch eine Fraktion der Grünen im AdR geben. Im Plenum sind u.a. folgende Themen behandelt worden: Entschließung zur Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020; Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union; Entschließung zu der Konferenz zur Zukunft Europas; Erweiterungspaket 2019; der Beitrag der Regionen und Städte zur Entwicklung Afrikas; Nachhaltigkeit in Stadtvierteln und kleineren Ansiedlungen – Umweltpolitik auf der subkommunalen Ebene; Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU; Kultur in einer Union, die mehr will: Die Rolle der Regionen und Städte; Entschließung zum Arbeitsprogramm 2020 der Europäischen Kommission.

[Tagesordnung](#)

13. Laufende Konsultationen

Bank- und Finanzdienstleistungen

[Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

20. Februar 2020 – 14. Mai 2020

[Review of the regulatory framework for investment firms and market operators](#)

17. Februar 2020 – 20. April 2020

[Finanzdienstleistungen – Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen](#)

19. Dezember 2019 – 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen – EU-Rechtsrahmen für Kryptoanlagen](#)

19. Dezember 2019 – 19. März 2020

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

[Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung \(2016-20\)](#)

19. Februar 2020 – 13. Mai 2020

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

[Consultation on the White Paper on Artificial Intelligence - A European Approach](#)

(Anmeldung erforderlich) 19. Februar 2020 – 19. Mai 2020

[European Strategy for data](#)

(Anmeldung erforderlich) 19. Februar 2020 – 19. Mai 2020

Steuern

[Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden beim Informationsaustausch](#)

10. Februar 2020 – 6. April 2020

Verkehr

[Ground handling services at EU airports — evaluation \(2010-18\)](#)

30. Januar 2020 – 23. April 2020

Umwelt, Öffentliches Gesundheitswesen

[Schädliche Chemikalien – endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

16. Dezember 2019 – 9. März 2020

Öffentliches Gesundheitswesen

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

4. Februar 2020 – 7. Mai 2020

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

[Origin-labelling for meat - evaluation](#)

9. Dezember 2019 – 2. März 2020

14. Termine

Rat der Europäischen Union

05.03.2020	Rat (Umwelt)
06.03.2020	Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Bereich Gesundheit)
12.03.2020	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel)
13.03.2020	Gipfeltreffen EU-Indien
	Rat (Justiz und Inneres)
16.03.2020	Euro-Gruppe
17.03.2020	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
19.03.2020	Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
23.03.2020	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
23.03. - 24.03.2020	Rat (Landwirtschaft und Fischerei), 23./24. März 2020
26.03. - 27.03.2020	Europäischer Rat, 26./27. März 2020

Europäische Kommission

04.03.2020	Bürgerdialog in Brüssel mit Frans Timmermans über den Europäischen Klimapakt
06.03.2020	Europäische Bürgerinitiative 2.0: Design, Engagement, Wirkung!
24. - 25.03.2020	Forum 2020 für Regionen in äußerster Randlage

Europäisches Parlament

02.03.2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
05.03.2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
09.03. - 12.03.2020	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
16.03. - 19.03.2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
23.03.2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
26.03.2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
30.03. - 02.04.2020	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Ausschuss der Regionen

02.03.2020	Sitzung der Koordinatoren der Fraktionen für die Fachkommission ECON
03.03.2020	2. Sitzung der Fachkommission COTER
05.03.2020	2. Sitzung der Fachkommission NAT
24.03.2020	Konferenz der Präsidenten und Vorsitzenden 196. Präsidiumssitzung des AdR
25.03. - 26.03.2020	139. AdR-Plenartagung